Zehn Jahre deutsche Einheit - Was hat sich in Langebrück getan?

KOMMUNALPOLITISCHE EREIGNISSE VON DER WENDEZEIT BIS HEUTE

Liebe Langebrücker, liebe Gäste,

10 Jahre Deutsche Einheit – 10 bewegte Jahre, geprägt durch einschneidende Veränderungen, schöne Erinnerungen, aber auch unerwartete Schwierigkeiten. 10 Jahre Deutsche Einheit sollen Anlass sein, zehn Jahre Entwicklung in Langebrück Revue passieren zu lassen.

Die Proteste gegen die Versuche der SED, in Langebrück ein Tanklager zu errichten, symbolisieren den Beginn der Veränderungen in Langebrück. Zu einem Zeitpunkt, als noch nicht absehbar war, wie die Staats- und Parteiführung auf den Widerstand der Bevölkerung reagieren würde, engagierten sich beherzte Bürger, wie Herr Beyer, Herr Schenk, Herr Strienz, Herr Gluche und Herr Pfarrer Klink, um eine Zerstörung des Ortes und seiner natürlichen Umgebung zu verhindern. Viele Langebrückerinnen und Langebrücker jeden Alters schlossen sich den Protesten gegen das Tanklager an – und verhinderten dessen Errichtung.

Die Zeit der „Wende" prägte viele Bürger unseres schönen Ortes. Die Zeit des Schweigens ging zu Ende. Es waren Langebrücker, die eine Öffnung des Objektes der Staatssicherheit auf dem Dachsenberg erzwangen – unter ihnen die langjährige Gemeinderätin Frau Krug und Herr Beetz.

Im Ergebnis der ersten freien Kommunalwahlen in der DDR wurde Herr Großmann zum Bürgermeister der Gemeinde Langebrück gewählt. Ihm folgte 1994 Herr Wagner, in dessen Amtszeit die Eingemeindung nach Dresden erfolgte. Seit dem 01. 01. 1999 ist Langebrück eine Ortschaft der sächsischen Landeshauptstadt.

Um so mehr gilt für uns die Bewahrung Langebrücker Geschichte und Tradition. Unser Ziel soll nach wie vor die Schaffung eines Erholungsortes am Rande der Dresdner Heide sein. Gesellschaftliche Engagement von Menschen in und außerhalb von Vereinen trägt mit dazu bei.

Ob in der Freiwilligen Feuerwehr, im Karnevals- oder Turnverein, der Ortsgruppe Sächsischer Heimatschutz, der Grund- und Mittelschule oder dem Fremdenverkehrsverein – Langebrückerinnen und Langebrücker bringen sich im Ort, für den Ort ein. Faschingsveranstaltungen, das Bad- und Sportfest, Weihnachtsmarkt, Maifeuer und der Tag des Offenen Denkmals sind Veranstaltungen die das Ortsleben bereichern.

Ungeklärte Probleme, wie die Abwasseranbindung oder der Straßenausbau müssen in den nächsten Jahren gelöst werden. Auch hier erfolgt eine aktive Mitgestaltung durch die Bürger. Beispielhaft sind hierbei die Spendenaktion für die neue Waldbadrutsche, die Arbeit der Bürgerinitiative Heidehof oder die vielen Einzelaktionen zur Verschönerung des Ortsbildes.

Diese Ausstellung soll über die letzten 10 Jahre berichten – über Bürger, Ereignisse, Erfolge und Probleme. Die Ortschronik Langebrück hat sich der Aufgabe gestellt und eine Dokumentation zusammengetragen, die ihnen einen kleinen Ein- und Rückblick über die Geschehnisse in Langebrück gibt.

Ihr
Christian Hartmann
Ortsvorsteher

SEPTEMBER 1989: Die Langebrücker diskutieren über den geplanten Bau eines Minoltanklagers auf dem Lösigberg. Die Dresdner Tageszeitung *DIE UNION* schreibt dazu am 23. September 1989 unter der Überschrift „Diskussionen zum Standort" nebenstehenden Beitrag

Diskussionen zum Standort

Pressegespräch und Gemeindevertretersitzung über die Verlagerung des Minoltanklagers

Minoltanklager, Standort Langebrück-Lößigberg. Zu dieser Thematik fanden in der Gemeinde Langebrück ein Pressegespräch, im Anschluß daran eine Gemeindevertretersitzung statt. Anwesend waren neben den Vertretern des Rates der Gemeinde der Stellvertreter der Plankommission des Rates des Bezirkes, Brigitte Ott, Vertreter der Kreisplankommission und des VEB MINOL. Daß zu dieser Sitzung der kleine Saal der „Dresdner Straße 1" die vielen zu dieser Veranstaltung gekommenen Bürger kaum zu fassen vermochte, spricht für das Interesse der Einwohner an den Vorgängen in ihrer Gemeinde.

Informiert wurde erstmals öffentlich vom Vertreter des Rates des Bezirkes über die Vorstellung zum Standort Langebrück und darüber, was sich im Vorfeld ereignet hat: Bereits seit mehreren Jahren werden Standortuntersuchungen für den erforderlichen Neubau eines Tanklagers, das die Stadt Dresden, die Kreise Dresden-Land und Freital sowie Teilgebiete der Kreise Dippoldiswalde, Meißen, Großenhain, Kamenz, Bischofswerda und Sebnitz mit Vergaser- und Dieselkraftstoff versorgt, vom Rat des Bezirkes betrieben. Insgesamt 43 Standorte wurden untersucht. Akzeptable Voraussetzungen boten die Standorte Hakenweg, Ottendorf-Okrilla, Deutschenbora, Langebrück-Lößigberg und der Heller. Von diesen bot der Hakenweg die günstigsten ökonomischen Bedingungen, so daß durch den Rat des Bezirkes 1987 eine Standortbestätigung erteilt wurde. Der Standort Hakenweg liegt im Landschaftsschutzgebiet „Dresdner Heide".

Da der Bezirkstag die Zustimmung zur Veränderung des Landschaftsschutzgebietes nicht erteilte, wurde diese Standortbestätigung zurückgenommen. Der VEB MINOl wurde daraufhin beauftragt, die Rekonstruierbarkeit des Tanklagers in der Bremer Straße noch einmal zu untersuchen. Dabei erwies sich, daß dies nicht möglich ist.

Zu den noch verbleibenden Standorten wurden nun weitere Beratungen geführt. Der Heller schied aus, da der erforderliche Gleisanschluß mit hohen Bauaufwendungen verbunden ist, etwa 100 Kleingärten aufgegeben werden und spezielle Ersatzflächen für die Landesverteidigung geschaffen werden müßten. Auch die anderen genannten Standorte scheinen weniger geeignet als der jetzt zur Debatte stehende Standort in Langebrück.

In Vorbereitung der Standortentscheidung wurde unter Leitung der Bezirksplankommission das Standortverfahren eröffnet, in dessen Rahmen unter anderem Fragen der technischen Infrastruktur, der Umweltbelastung, der Verkehrseinbindung geklärt werden und zugleich geprüft wird, inwieweit territoriale Probleme (Wohnungsbau, Heizkraftwerk, Kläranlage) mitgelöst werden können.

Die sich vor diesem Hintergrund entzündende Debatte brachte die Sorge der Abgeordneten und Bürger um ihre Heimatgemeinde zum Ausdruck: Fragen, oft von Emotionen überlagert, waren dabei wie: Wird der Charakter des Ortes, der jährlich bis zu 7 000 Urlauber aufnimmt und 1988 als Erholungsort ausgezeichnet wurde, werden die relativ guten Bedingungen zum Wohnen durch dieses Tanklager beeinträchtigt? Welche Gefährdung bedeutet die Nähe der Minoltanks zum Wohngebiet? Bildet der mit den entsprechenden Medien und der Verkehrstechnik erschlossene Standort eine Initialfläche für eine spätere Ansiedlung von Industrieanlagen? Ethische Bedenken waren es, die vor allem Pfarrer Klink darlegte. Er kritisierte auch die späte Information, die Raum für Besorgnis unter den Bürgern bot. Gedanken wie der, mehr kleine Tanklager an die Eisenbahnstrecke zu bauen und damit gleichzeitig die Straße zu entlasten, wurden geäußert, auch der, die Standorte Hakenweg und Heller noch einmal zu überprüfen.

Eine Entscheidung zu treffen wird nicht leicht werden. Die Abgeordneten der Gemeinde sind jetzt gefordert. Werden sie dem Standort Langebrück zustimmen oder nicht? Sie haben dabei eine große Verantwortung sowohl für ihren Ort als auch für die Versorgung des Territoriums mit Kraftstoff. Denn unumgänglich ist die Entscheidung zum Bau eines neuen Tanklagers, wenn wir nicht eines schönen Tages auf unser liebstes Kind, das Auto, verzichten wollen, das ja nach wie vor Benzin zum Fahren braucht.

Damit die Information und damit Mitsprache jedes Bürgers ermöglicht wird, sollen dieser Sitzung Einwohnerversammlungen folgen. Dem gleichen Zweck wird ein Konsultationspunkt im Rat der Gemeinde dienen, der im Oktober eröffnet wird. Zudem wird Informationsmaterial vorbereitet. **S. Both**

25. OKTOBER 1989: Während der Informationsveranstaltung der Gemeindevertretung auf dem Schulsportplatz äußern Langebrücker lautstark Kritik an den bestehenden Verhältnissen

16./17. DEZEMBER 1989: Unter der Überschrift: „Die Lämpchen sind ausgeschaltet" berichtet *DIE UNION* von der Besetzung der Sendezentrale der Statssicherheit auf dem Dachsenberg. - Fotos von 1989: Stasi-Anlage auf dem Dachsenberg (links), Umzäunung/Hundelaufgitter (rechts)

Die Lämpchen sind ausgeschaltet

Der Dachsenberg empfängt nicht und sendet nicht mehr

Der Dachsenberg ist durch das Volk und die Volkspolizei besetzt. Darauf macht ein Schild diejenigen Straßenbenutzer aufmerksam, die von der Dresdner Straße durch die Heide nach Langebrück abbiegen. Die höchste Erhebung (280 m) der Dresdner Heide war seit 1984 vor den Spaziergängern durch Warnschilder gesperrt, später kamen eine Signaldrahtzone, der Hundelaufzwinger und fünf Wachsoldaten hinzu, nachts sah man dort oftmals gleißendes Licht. Militärisches Objekt, Frühwarnsystem ... alle möglichen Vermutungen hatten vor allem die Langebrücker und Radeberger, die sich noch an das Baugeschehen erinnerten, da tagelang Fahrzeuge des Spezialbau Potsdam Beton fuhren. Und das inmitten eines Landschaftsschutzgebietes. Am Dienstag vergangener Woche, nach der Öffnung des ehemaligen Staatssicherheitsobjektes Bautzener Straße, forderten Langebrücker gemeinsam mit vier VP-Angehörigen, zwei Militärstaatsanwälten und Angehörigen des NEUEN FORUM aus Dresden Zutritt zu dem Dachsenberg-Objekt. Was da jahrelang so streng gehütet worden war, entpuppte sich als Leit-, Sende-, Empfangs- und Wartungszentrale des Bezirkes Dresden der ehemaligen Staatssicherheit.

Schaun wir uns das Objekt an: Noch einmal mit einem Signaldrahtzaun gesichert Sendehaus und Sendeturm. Mit der Richtfunk-Sende- und Empfangsanlage war über eine Schaltzentrale zu den Richtfunkstrecken automatischer Sendebetrieb mit von außen ansteuerbarer Senderichtung möglich. Dazu ein Prüffeld mit hochwertiger Importmeßtechnik, Telefonkabelgestelle mit zahlreichen Anschlüssen. Dann eine sechstürige Großgarage voller Material (Kabel, Magnetbandaufzeichnungsgeräte), das Gerätehaus mit zwei großen Notstromaggregaten und 20 000 l Diesel, das Wachhaus, eine Baracke und eine Tankstelle. Der Wert der Gebäude und Anlage beträgt, geschätzt durch den ehemaligen Chef des Objektes, etwa 14 Millionen Mark, die Technik darin ist weitere Millionen wert. Eine Stromrechnung wies den Stromverbrauch pro Jahr aus: 220 000 kW.

An jenem Dienstag brannten in einem Raum des Sendehauses an einer Landkarte an der Wand noch die kleinen Lämpchen. Sie signalisierten, daß die über den gesamten Bezirk verstreuten Verbindungsstellen arbeiteten. Die Karte weist deren Standorte aus: TV-Turm Dresden-Wachwitz, Kottmar, Riesa (VEB Robotron-Elektronik), Sonnenstein (bei Pirna), Lugstein (b. Zinnwald), Picho, Polenz (b. Meißen), Seeschlößchen (Niederspree), Ottendorf (b. Sebnitz), Dippoldiswalde (Kreiskrankenhaus), Jonashof (FGDB-Heim in Johnsdorf), Koitzsch (Hutberg), Freitelsdorf (b. Großenhain), Jauernick und der Funkturm Wilsdruff. Durch Initiative von Bürgern konnten viele dieser Verbindungsstellen stillgelegt werden.

Zurück zur Zentrale Dachsenberg. Verschiedene Räume mit wertvoller Technik wie die Sendezentrale sind versiegelt. Tag und Nacht bewachen Bürger und Volkspolizisten das Objekt. Kein Dauerzustand. Das Amt für Nationale Sicherheit ist aufgelöst, wurde gemeldet. Nun muß auch um die Technik verhandelt werden. Die Regierungskommission des Bezirkes Dresden ermittelt deren möglichen sinnvollsten Verwendungszweck. Sie orientiert, wie wir erfuhren, auf eine Übernahme durch die Deutsche Post und nicht durch die NVA. Lange genug ist der zivile Sektor stiefmütterlich behandelt worden. Die Bürger werden weiter unschätzbare Zuarbeit leisten.

Gestern demonstrierten Langebrücker für eine zivile Nutzung der Anlage auf dem Dachsenberg. Anlaß war eine Besichtigung durch ein Spezialistenteam in Anwesenheit von Vertretern der Bürgerinitiative Langebrück, des MdI und des Militärstaatsanwaltes. **S. B.**

10. November 1990: Aufruf der Bürgerinitiative zum Aktionstag „Entmilitarisierung Dresdner Heide"

Wir holen uns die Heide zurück

Treffpunkt: Ortseingangsschild Langebrück (von Dresden Klotzsche kommend)
Zeit: 10.11.90 9 - 13 Uhr
Ziel: Demontage von Unterständen und Planierung des Manövergeländes

Schaufel oder Spaten mitbringen!

+++ Aug. 1968 : Besetzung mehrerer Waldflächen durch sowjet. Streitkräfte im Zuge der Invasion in die CSSR +++

+++ 1968 bis 1990 : regelmäßige Manöver +++

+++ Juli 1990 : Abbruch des Manövers nach Besetzung und Blockade durch Langebrücker Bürger +++

+++ 10.Nov. 90 : Wiedereingliederung des Gebietes in die natürliche Heide +++

WIR RUFEN ENGAGIERTE BÜRGERINNEN AUF, MIT EINEM FRIEDLICHEN AKTIONSTAG EIN ZEICHEN ZU SETZEN FÜR DIE ENTMILITARISIERUNG UNSERER H E I D E ! ! ! !

V E R H E L F E N W I R D E R N A T U R Z U I H R E M R E C H T !!!

Bürgerinitiative Langebrück NEUES FORUM / ÖKO KLOTZSCHE

18. MÄRZ 1990: Wahlplakate und Aufschriften zu der ersten und einzigen freien und geheimen Kommunalwahl in der DDR

JUNI 1990: Die Deponie an der Klotzscher Straße brennt. *DIE UNION* veröffentlicht am 16. Februar 1991 eine Leserzuschrift von Holm Theinert

Giftige Rauchschwaden stehen über Langebrück

Umweltskandal/Bürgerinitiative droht mit Blockade

Mit dem Zustand der Mülldeponie Dresden/Klotzsche und Langebrück setzt sich Holm Theinert in einer Zuschrift an DIE UNION auseinander. Was dort geschehe, seien eklatante Verbrechen an der Gesundheit der Bürger und am Leben der Natur. Es müsse Schluß gemacht werden mit diesen Zuständen. Wörtlich schreibt Herr Theinert:

„Seit Monaten schwelen der Brand und die ungelösten Entsorgungsprobleme auf der Mülldeponie zwischen Klotzsche und Langebrück, praktisch im Landschaftsschutzgebiet Dresdner Heide.

Fleißig werden die explosionsartig angewachsenen Müllmassen verkippt. Doch weder ist geprüft, wieviel Schadstoffe bisher dort abgelagert worden sind, noch gibt es irgendeine Sperre gegen in das Grundwasser eindringendes Sickerwasser. Der Grundwasserfluß erfolgt in Richtung Weixdorf. Er berührt jedoch fast die Hausversorgungsbrunnen in der Siedlung Heidehof von Langebrück.

Tatsächlich ist auch der Brand seit vorigem Sommer nicht gelöscht. Im Untergrund der Deponie schwelt es weiter. Giftige Rauchschwaden steigen mal mehr, mal weniger auf und ziehen durch den Wald in die nahen Wohnsiedlungen.

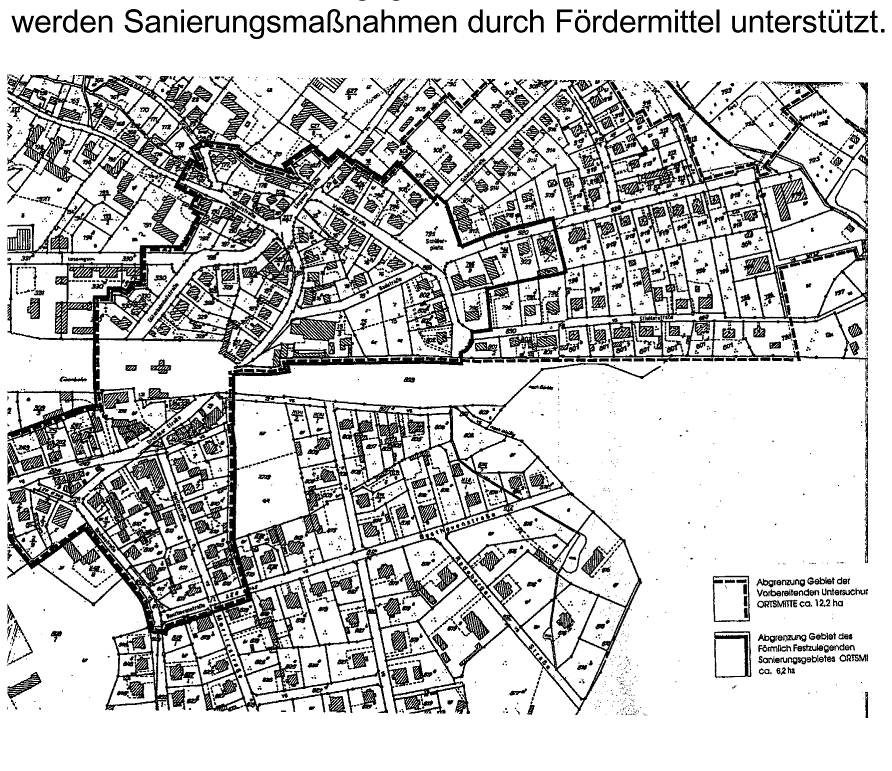
Niemand kann etwas gegen geordnete und umweltsichere Deponie haben. Müllvermeidung jedoch ist besser. Was aber in Langebrück passiert, sind eklatante Verbrechen an der Gesundheit der Bevölkerung und am Leben der Natur.

Es ist Gesetzesbruch, auch wenn hier nicht alle zutreffenden Paragraphen aufgelistet werden können. Schluß mit diesen Zuständen!

Oder wollen die schon lange Bescheid wissenden verantwortlichen Betreiber und Behörden die Bürgerinnen und Bürger Langebrücks, von Klotzsche und Weixdorf wirklich zur moralisch notwendigen Tat provozieren? Wollen sie zwingen zum letzten Mittel, zur Blockade durch verantwortungsbewußte Menschen, die nur noch so der Fortsetzung des Verbrechens Einhalt gebieten können?

Tun Sie, Politiker und Wirtschaftleute, doch endlich Ihrerseits das Richtige! Die Ausrede ‚Geldmangel' zählt nicht. Geld in Milliarden-Höhe ist genug da! Es ist ja auch da für die größte Sünde – das Töten und Zerstören am Golf."

25. APRIL 1997: Die *Radeberger Zeitung* veröffentlicht den Plan zum Sanierungsgebiet Ortsmitte. In diesem Gebiet werden Sanierungsmaßnahmen durch Fördermittel unterstützt.



15. DEZEMBER 1998: Die *DNN* berichtet vom Empfang der „Neu-Dresdner" Gemeindevertreter

1. JANUAR 1999: Die Eingemeindung ist sichtbare Tatsache - neues Ortseingangsschild

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

07.05.1989: **LETZTE KOMMUNALWAHL MIT EINHEITSLISTE.** 30 Abgeordnete und 12 Nachfolgekandidaten werden in der konstituierenden Sitzung der neuen Gemeindevertretung gewählt. Der Abgeordnete Hans Schneider wird Bürgermeister.

MINOLTANKLAGER
11.09./12.09.1989: Umweltschützer machen durch Beschriftungen auf der Dresdner Straße und auf dem Bahnsteig auf das Vorhaben aufmerksam, auf dem kleinen Lösigberg (am Sauerbusch) ein Minoltanklager zu errichten. „Langebrück darf kein Minolbrück werden!"
05.10.1989: Der Bürgermeister teilt auf einer Festveranstaltung mit, daß das Gelände am Lösigberg durch die Bezirksplankommission an den VEB Minol übergeben worden ist.
21.10.1989: Etwa 500 Langebrücker demonstrieren mit Fakkeln und Kerzen gegen den Bau des Tanklagers.
24.10.89: Die Gemeindevertretung erörtert die Situation. Zur gleichen Zeit demonstrieren 200 Bürger vor der Tagungsstätte gegen den geplanten Bau. Die Gemeindevertreter beschließen, die Errichtung des Tanklagers abzulehnen.
25.10.1989: Bürgermeister Schneider erläutert über den Sender Dresden den Beschluß der Gemeindevertreter.
26.10.1989: Die Feuerwehr verkündet mit Lautsprechern im Ort die Meldung, daß die Bezirksplankommission das Standortverfahren „Tanklager Lösigberg" einstellen wird.

25.10.1989: **INFORMATIONSVERANSTALTUNG DER GEMEINDEVERTRETUNG AUF DEM SCHULSPORTPLATZ.** Unter dem Motto „Im sauberen Ort in Freiheit leben" haben sich etwa 800 Bürger versammelt. Sie bringen ihre Kritik an den unbefriedigenden Zuständen im Ort lautstark zum Ausdruck und fordern unter anderem, das Wahlergebnis der letzten Kommunalwahlen zu präzisieren und sich „von unfähigen Kräftern zu trennen".

22.11.1989: **GRÜNDUNG DER BÜRGERINITIATIVE LANGEBRÜCK.**

05.12.1989: **BESETZUNG DES DACHSENBERGES.**
Gegen 21 Uhr besetzt die Bürgerinitiative Langebrück unterstützt von der Bevölkerung und in Sicherheitspartnerschaft mit der Volkspolizeidienststelle Dresden-Nord das Staatssicherheitsobjekt auf dem Dachsenberg. Es wird anschließend bewacht.Das Gelände dient jetzt als Stützpunkt der Naturschutzjugend.

06.05.1990: **ERSTE FREIE, DEMOKRATISCHE UND GEHEIME KOMMUNALWAHL IN DER DDR.** Die DSU gewinnt 7 der 19 Sitze, CDU und Bürgerinitiative erhalten jeweils 3 Sitze, die PDS 2 Sitze, SPD, DFD, DBD und BFD (Bund Freier Demokraten) erhalten jeweils einen Sitz. Christian Großman wird mit 11 Stimmen vor Mitbewerber Bernd Beetz (8 Stimmen) zum Bürgermeister gewählt.

10.11.1990: **AKTIONSTAG ENTMILITARISIERUNG DRESDNER HEIDE.**

MÜLLDEPONIE KLOTZSCHER STRASSE
05.06.1990, 24.07.1990, 28.07.1990: Die Schutthalde brennt sichtbar. Feuerwehren rücken an. Im Ort fallen Asche und verbrannte Müllreste vom Himmel.
16./17.02.1991: *DIE UNION* veröffentlicht eine Leserzuschrift von Holm Theinert, in der auf unsachgemäßes Betreiben hingewiesen und eine Blockade durch Bürger nicht ausgeschlossen wird.
21.05.1991: Einem Aufruf der Langebrücker Bürgerinitiative folgend besetzen Langebrücker die Deponie und fordern deren Schließung. Die Blockade endet mit einem Kompromiß: Bei sorgfältigem Betrieb solle die Deponie noch ein halbes Jahr genutzt und zugleich ein anderer Standort vorbereit werden.
September 1992: Dr. Anne Wächter beschreibt im *Heideboten* die Zukunft der Deponie und stellt fest, daß „eine ordnungsgemäße Betreibung erfolgt".
Mai 1998: Die Deponie wird allmählich abgedeckt. Um ihre Wiedereinbindung in das Landschaftsschutzgebiet „Dresdner Heide" zu realisieren, wird sie nach einem kuppenähnlichem Modell gestaltet. Für diese Gestaltung hat der Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal im Wettbewerb um den Sächsischen Staatspreis für Architektur eine Anerkennung bekommen.
30.06.1999: Die Deponie wird geschlossen.

12.06.1994: **KOMMUNALWAHLEN.** Von den 14 Sitzen im Gemeinderat fallen vier an die DSU, je drei an die CDU und den FBW, zwei Sitze an die Grünen und je ein Sitz an die PDS und die FDP. Hans-Jochen Wagner wird mit 45,5% Stimmanteil zum Bürgermeister gewählt, Christian Großmann erhält 43,3%, Bernd Beetz 11,25% der abgegebenen Stimmen.

10.01.1996: **AUFLÖSUNG LANDKREIS DRESDEN.** Nach heftiger Gegenwehr wird im Zuge der Kreisgebietreform der Landkreis Dresden aufgelöst. Langebrück fällt an den Landkreis Westlausitz-Dresdner Land, der später in Landkreis Kamenz umbenannt wird.

01.01.1996: **EINGEMEINDUNG** Schönborns nach Langebrück.

EINGEMEINDUNG NACH DRESDEN
08.12.1996: Bürgerentscheid zu der Frage „Wollen Sie die Eingemeindung der Gemeinde Langebrück in die Stadt Dresden?" Ergebnis: 54,6% Ja-Stimmen, 45,4% Nein-Stimmen.
18.02.1998: Der Gemeinderat beschließt mit 17 Ja-, keiner Gegenstimme und einer Stimmenthaltung die freiwillige Eingemeindung nach Dresden.
26.03.1998: Der Stadtrat Desden faßt den Beschluß zur Eingemeindung Langebrücks.
01.01.1999: Langebrück wird eingemeindet. Im Ort verbleibt eine Verwaltungsstelle für Bauangelegenheiten, Ortschafts- und Sekretariatsangelegenheiten, Ordung und Sicherheit, Fremdenverkehr, Soziales und Wohnen. Der Ort wird von einem Ortschaftrat mit Ortsvorsteher Dr. Johannes Klosowski geführt und erhält bis zur Kommunalwahl einen Sitz im Stadtrat.

13.06.1999: **ORTSCHAFTSRATSWAHLEN.** Gewählt werden: Dr. Eckhardt Koch, Bernd Fahrwick, Christian Hartmann, Ulrich Knöpfle, Ursula Krug (alle CDU), Hans-Werner Gebauer (PDS). Dr. Johannes Klosowski, Norbert van Rennings (beide SPD). Ortsvorsteher wird Christian Hartmann.

Ausstellung anläßlich des 10. Jahrestages der Deutschen Einheit am 03. Oktober 2000.

Die Tafeln (9) wurden zusammengestellt von den Mitarbeitern der Ortschronik Langebrück, Dr. Friedemann Arnold, Claus Gutekunst und Walter Albeshausen in Zusammenarbeit mit Sigrid Both (Journalistin).

Die abgebildeten Objekte und Beschreibungen stellen eine Auswahl dar und erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

Fotos,Texte und Dokumente: Ortschronik Langebrück, W. Albeshausen, F. Arnold, S. Both, K. Both, C. Gutekunst, Herr Graf, N. van Rennings

Bei Verwendung jeglicher Art von Fotos, Texten oder Dokumenten bitte die Autorenrechte beachten. Auskunft erteilt: Ortschronik Langebrück
Dr. Friedemann Arnold
Hauptstraße 12
01465 Langebrück
Tel.: 03 52 01/ 7 08 32